

# Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Dr. Carl Kaufmann Reich, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellametal 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Altein.

№ 54

Donnerstag, den 5. Mai 1932.

45. Jahrgang

## Umbildung der Reichsregierung? Rücktrittsabsichten des Reichswirtschaftsministers.

Berlin, 4. Mai.

Gelegenlich der Sitzungen des Reichskabinetts über den Reichshaushalt und die Reichsbudgetverhältnisse ist es in politischen Kreisen aufgefallen, daß Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning daran nicht teilgenommen hat. Diese Tatsache wird mit sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Brüning und dem Reichsarbeitsminister Dr. Siegelwald behoben. In Verbindung gebracht. Sie dürften sich in erster Linie auf die Rücktrittsabsichten des Reichswirtschaftsministers Dr. Brüning beziehen. Die Regelung der Arbeitsbeschaffungsprogramme, die sogenannte Prämieneinleihe, die Regelung der Arbeitsbeschaffungsprogramme und weitere sozialpolitische Maßnahmen betreffen.

Es wird mit der Möglichkeit einer Umbildung des Reichskabinetts gerechnet. Da Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning von dem Wiener Siegerworts als einziger entscheidenden Widerstand gestiftet haben soll. Sollte Siegerworts sich mit seinem Programm durchsetzen, so würde das Rücktrittsabsichten Dr. Brüning's entscheiden können. Ein Rücktrittsgesuch soll übrigens bereits vorliegen.

Durch das Abbröckeln dieses ersten Steines aus dem Kabinettsgefüge würde dann die Frage der Umbildung oder Ergänzung der Regierung in den Vordergrund rücken. Da ja noch auch mehrere andere Stellen nur provisorisch besetzt sind bzw. interimistisch vermerkt werden. Dieser Zustand drängt naturgemäß zu einer Veränderung. Hinter der überdies als neuer Hintergrund die Kräfteveränderungen Bruchens mit ihrer Mitwirkung auf die Reichspolitik liegen.

Im Laufe des Tages hat der Reichskommissar dem Reichspräsidenten über die innenpolitisch: Eine Vortrag gehalten, wobei völlige Übereinstimmung zwischen Reichspräsident und Kaiser erzielt worden ist. Alle gegenwärtigen Gerüchte werden als unzutreffend und den Befänden nicht entsprechend von zuständiger Stelle bekämpft.

## Hindenburgwahl ist gültig

Berlin, 4. Mai.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag kam nach zweitägiger Beratung zu folgendem Urteil: Am 11. April 1932 vollzogene Wahl des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten ist gültig.

In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: Das Wahlprüfungsgericht ist bei Beurteilung der zahlreichen Eingekommenen der Auffassung des Reichsbeauftragten beigetreten, wonach diese zum weitesten größten Teil unzulässig sind. Am Ende ist die größte Verwirrung, den bei der letzten Wahl der Generalfeldmarschall von Hindenburg vor dem nächsten Wahltermin Adolf Hitler erzielt hat, nämlich, dem Vorwurf von nahezu sechs Millionen Stimmen, muß auch dann, wenn die beanstandeten Bestimmungen in ihrem vollen Umfang bestehen würden, nach der Überzeugung des Wahlprüfungsgerichtes festgestellt werden, daß dadurch das Wahlergebnis nicht in Frage gestellt werden kann.

## NSDAP. ist regierungsbereit

München, 4. Mai.

Am „Völkischen Beobachter“ schreibt Dr. Frick, die NSDAP. sei bereit in die Regierungen der Länder einzutreten. In Preußen liegt der Fall jedoch schwierig. Es sei unklar, ob das Zentrum in Preußen mit den Nationalsozialisten eine Koalition bilde, im Reiche aber von den Sozialdemokraten abhängig sei. Eine erfolgreiche Arbeit im Reich und in Preußen könne nur von gleichgerichteten Regierungen geleistet werden. Um diese zu erreichen, müßte der Reichstag aufgelöst werden. Für die NSDAP. liegt kein Grund vor, gerade jetzt in die Regierungen einzutreten, wenn sie es jedoch tue, dann nur gestützt auf eine Anzahlstellung, die der Größe und Schwere der Aufgabe entspreche.

## Anschlag auf Danzig?

Handreich für den 1. Mai geplant.

London, 3. Mai.

Die englische Presse bringt in mehr oder weniger sensationeller Stimmung Meldungen über einen angeblich politischen Anschlag auf den 1. Mai geplanten Handreich gegen Danzig.

Nach Mitteilungen des „Daily Express“ von angeblich höchster Stelle in Danzig soll der Oberkommissar Graf Gröning den Sekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, auf die Gefahr aufmerksam gemacht haben, die dem Frieden Europas durch einen politischen Einmarsch in Danzig drohe. Der Zweck dieser Mitteilung sei gewesen, den Völkerbund und die Großmächte vor Überforderungen zu warnen.

„Der Berichterstatter des „Daily Express““ erzählt weiter, daß die Polen bereits ihren Anschlag durchgeführt hätten, wenn nicht am Sonnabend ein französischer Dampfer Einhalt geboten hätte. Graf Gröning legte zu dem Korrespondenten, die Polen hätten ihren Kopf verloren. Wenn sie polnische Flotte nach Danzig kommt, werde die deutsche innerhalb 24 Stunden da sein.  
„Daily Express“ weist weiter darauf hin, daß der wirtschaftliche Druck, den die Polen insbesondere durch die Ueber-

tragung des ganzen Handelsverkehrs nach Gdingen auf Danzig ausüben, ungeheuer ist. Der englische Konsul in Danzig habe seiner Regierung über diese Angelegenheit ausführlich berichtet. Danzig sei nach Einrichtung der neuen Garnisonen in Litzke und Graudenz vollkommen von polnischen Truppen umgeben.

## Die Berliner Auffassung

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß die deutsche Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen würde, falls polnische Flotte versucht werden sollte, gegen Danzig in der beherrschenden Weise vorzugehen. Die Vorgänge werden in Berlin mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt.

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß die Danziger politischen Verbände über das Anlegerecht polnischer Kriegsschiffe in den Danziger Hafen abgeklungen sind. In Zukunft gelten für die polnischen Kriegsschiffe, die den Danziger Hafen anlaufen wollen, die internationalen Bestimmungen für das Anlaufen fremder Häfen. Bisher konnten nämlich polnische Kriegsschiffe ohne vorherige Anmeldung in den Danziger Hafen vor Anker gehen. Das Abkommen über dieses polnische Sonderrecht war bereits im vorigen Jahr abgeklungen und ist leinzeitig bis zum 1. Mai dieses Jahres verlängert worden.

## Eine amtliche Danziger Verkaufsauftrag

Von amtlicher Danziger Seite wird mitgeteilt: „Die Meldungen englischer Zeitungen knüpfen offenbar an die Nachrichten polnischer Blätter an. Die seit Wochen und Monaten ohne jede Hemmung Danzig angreifen, die Behauptung von Hohenstein der Freien Stadt Danzig verleiht, offen zur Genantwendung gegen Danzig aufzufordern und in unerhörter und völlig unberechtigter Weise den hohen Kommissar des Völkerbundes lächerlich machen.“

Die englischen Pressemeldungen sind höchlich weiter die Folge des Verhaltens der polnischen amtlichen Stellen gegenüber der Danziger Wirtschaft, die in ihrer Konsequenz zum schiefen Erliegen der Danziger Wirtschaft führen würde, und die wiederholt zu Anfragen auf Entscheidung beim hohen Kommissar des Völkerbundes geführt haben.

Warschau, 4. Mai.

Das maßgebende Regierungsblatt „Gazeta Polska“ bezeichnet die Werbung über den angeblich bevorstehenden polnischen Einfall in Danzig als eine neue Herausforderung an Polen.

Bezüglich der Urheberhaftigkeit lenkt das Blatt den Verdacht einfach auf die Nationalsozialisten in Danzig, die dabei, wie es heißt, die Zeit des Dabes verfallen, der auf der Flucht zu ruhen pflege: „Gefallt den Dieb.“ Dem Grafen Gröning trufen das Blatt „ein Verleumd.“

## Gröning's Dementi

Der polnische Vertreter in Danzig, Rapce, hat im Auftrage der polnischen Regierung an den Völkerbundskommissar, Graf Gröning, ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm um Darlegung seines Standpunktes bezüglich des vom „Daily Express“ veröffentlichten Telegramms bat. In Erwiderung dieses Schreibens hat Graf Gröning am selben Tage an Rapce ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „In Betrachtung Ihres Schreibens vom 2. Mai habe ich die Ehre, hiermit eine Abschrift des Telegramms zu überreichen, das ich heute dem Generalkonsulatsrat in Genf übermittelt habe.“ Der Völkerbundskommissar teilt weiter mit, daß er den Berichterstatter des „Daily Express“ zu sich bestellt habe, der sich bereit erklärt habe, seinem Blatt die Aufklärung zu liefern, die er, Gröning, ebenfalls nach Genf gerichtet habe.

Gröning habe dem Korrespondenten „eine ganze Empörung wegen der sensationellen Berichterstattung“ zum Ausdruck gebracht, worauf dieser auf Ueberzeugungsversuche hingewiesen und bekräftigt habe, daß er weder von dem Völkerbundskommissar noch von seinen Büro Informationen über die Tätigkeit des hohen Kommissars erhalten habe.

Man kann nicht behaupten, daß diese Erklärung Gröning's die Angelegenheit besonders klären würde, denn auch größte Ueberzeugungsversuche schaffen doch nicht ein ganzes Dokument aus der Welt, das nach Genf bestimmt abgegangen ist. Tatsache ist, daß Anfragen gesponnen wurden, daß der Völkerbundskommissar für Danzig die Durchführung dieser Anträge verbindert hat. Sie veranlaßt legt die polnische Presse zu schweren Angriffen gegen ihn, und der Völkerbund wird Sorge dafür tragen müssen, daß über die augenfällige Verhütung der polnischen Behörden in ihre Schranken zurückverwiesen werden. Wirkliche Verhütung wird allerdings im Osten nur entstehen können, wenn die Urkräfte der händigen Spannungen und der Nervosität beseitigt ist. Diese Ursache liegt in den ungleichen Rüstungsverhältnissen, die für die härter gerüsteten östlichen Nachbarländer Deutschland geradezu einen Anreiz darstellen, sich über die vertraglichen Rechte des abgerüsteten Deutschland und über die Rechte der deutschen Völkerverbände hinwegzusetzen.

## Zusammenfließen im Flottenausfluß

Genf, 4. Mai.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es im Flottenausfluß, als der amerikanische Senator Swanford erklärte, daß eine neue Festsetzung der Flottenkärtchen nur mit Zu-

stimmung der Signalarmadie des Londoner Abkommens und auf der Grundlage dieses Abkommens erfolgen dürfe. Das Londoner Abkommen bestimme auch die Tonnage für die Flottenarmadie der am Londoner Abkommen beteiligten Staaten. Zum Schluß gegen die Angriffe der Unterlegten müsse die Flotte über Bombenflüge und damit über Flugzeugmutterchiffe verfügen. Die Londoner Abmachung würde nach dem Abkommen im Jahre 1936 aus neue zu einer Verteilung der Flottenkärtchen zusammenkommen.

Der Vertreter Frankreichs lehnte den amerikanischen Standpunkt scharf ab und betonte, daß die Abrüstungskonferenz freie Hand habe, zu einer neuen internationalen Regelung der Flottenkärtchen zu gelangen.

Staatssekretär von Rheinbaben vertrat mit großem Nachdruck den von der deutschen Regierung jetzt in allen Ausflußverhandlungen immer wieder betonten Standpunkt, daß der Verfall der Vertrag die alleinige Grundlage der Verhandlungen über den Begriff der Angriffswaffen bilden müsse.

Der Verfall der Vertrag habe ausdrücklich die jetzigen Waffenkategorien verboten, die einen bestimmten Charakter tragen, darunter auch Flugzeugmutterchiffe. Aus diesem Grunde verhalte die deutsche Abordnung die Abschaffung der Flugzeugmutterchiffe.

Falls die Abrüstungskonferenz zu einem allgemeinen Verbot der Militärflotte gelangen würde, würde sich damit auch die Abschaffung der Flugzeugmutterchiffe von selbst ergeben. Im übrigen habe die deutsche Regierung auch die Abschaffung der Unterseeboote gefordert, so daß feinerste Veranlassung vorliege, Marineflüge als Vertriebsmittel gegen Unterseeboote aufrechtzuerhalten.

Der Vertreter Italiens und der Sowjetunion erklärten, daß Flugzeugmutterchiffe ohne den geringsten Zweifel als Angriffswaffen anzusehen seien und daher verboten werden müßten.

## Das Schicksal der Luftwaffe

In einem vom Völkerverbände eingeleiteten Unter-ausschuß, der unter Vorsitz der Völkerverbände tagte, wurde folgender deutscher Antrag eingebracht: Der Unter-ausschuß ist der Ansicht:

1. Alle militärischen Luftfahrzeuge können nach ihrer Verwendung als einen besonderen öffentlichen Charakter haben, die nicht als militärische, sondern als nationale Vertriebsmittel entstehen. 2. In schwerer Weise die Zivilbevölkerung bedrohen. In besonderer Weise gilt dies gegenüber denjenigen Ländern, welche keinerlei Abwehrmittel weder in der Luft noch von der Erde aus besitzen.

2. Unter Berücksichtigung von Ziffer 1) hält der Unter-ausschuß folgende Klassifikation des Materials der Militärflotte für gegeben: a) Kampfmittel jeder Art, die für den Abwurf aus Höhenflugern bestimmt sind, b) Bombenflugzeuge, c) Aufklärungsflugzeuge, d) Jagdflugzeuge.

Ministerdirektor Brandenburg wies darauf hin, daß die deutschen Vorkämpfe das Verbot aller derartigen Kampfmittel vorsehen, die Bomben, Torpedos usw. aus der Luft abwerfen können. In diesem Gegenlag zu den deutschen Vorkämpfen hat die französische Abordnung im Luftfahrt-ausschuß einen Antrag eingebracht, nach dem das Verbot ausschließlich auf den militärischen Charakter eines Flugzeuges ist, und das Flugzeugvermögen den militärischen Charakter von Zufälligkeiten bestimmen soll.

Auf französischer Seite besteht jetzt ganz offensichtlich das Verbot, die gesamte Zivilfluffahrt als eine Waffe von besonderem Angriffskarakter zu erklären, um damit — entgegen dem planmäßigen Verbot der französischen Regierung gegen die deutsche Zivilfluffahrt — diese in das allgemeine Verbot der Luftwaffen einzubeziehen.

Gegenüber diesen Verufen ist von deutscher Seite mit Entschiedenheit erklärt worden, die deutsche Abordnung könne unter keinen Umständen ihre Zustimmung dazu geben, daß die Zivilflüge in die Verhandlungen einbezogen würden, da diese ebenjüngst wie die militärisch nicht ausgerichteten Schiffe oder Kraftwagen einen Angriffskarakter trügen. Die Abrüstungskonferenz habe sich nur mit Waffen und mit nichts anderem zu beschäftigen.

## Der erste Wahlgang

Das bisherige Ergebnis der französischen Kammerwahlen.

Paris, 3. Mai.

Die amtlichen Zahlen über den Ausgang des Wahlganges betragen: Von den für Frankreich und Mittel- und Ost-Frankreich besetzten 605 Kammermandaten trugen die Ergebnisse aus 603 Wahl-zeckern vor. Als endgültig gewählt können davon 246 geordnete gelten, während 359 in die Stichwahl kommen. Die 246 Sitze verteilen sich folgendermaßen:

Konkretion	2
Republikanisch-demokratische Vereinigung	44
Gruppe Martin	10
Radikale und unabhängige Linke (Germain Martin)	14
Radikale und unabhängige Linke (Germain Martin)	35
Radikale und unabhängige Linke (Germain Martin)	24
Radikale und unabhängige Linke (Germain Martin)	6
Unabhängige Sozialisten	4
Sozialrepublikaner (Gruppe Chabrun)	4
Sozialisten (Gros-Bian)	40
Unabhängige Kommunisten	2
Kommunisten	1

Deutsch-Christlichen und die Kammerwahlen. Im früheren Bezirk Vorkämpfen des Reichslandes, dem jetzigen Hotel-Departement, ist trotz der großen Ver-







Häuerden (Kr. Moritz). Großfeuer suchte das Gehöft des Randwitzs einfließen. ...

Landröben a. d. Werra. Der Monsieur Heerde war an der Außenseite eines Turms der Burgruine Brandenburg ...

Mehrarbeitsabkommen bei Mansfeld verlängert. Das Mehrarbeitsabkommen und der Mantelarif der Mansfeld u. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb ...

15 Prozent Lohnabbau im Baugewerbe! Im Lohnstreit des Baugewerbes für das Tarifgebiet Sachsen-Anhalt wurde durch den Reichsarbeitsminister ...

Neue Sparverordnung in Anhalt. Dessau. Das Anhaltische Staatsministerium hat eine Ergänzung zur Reichsparverordnung erlassen, in der es bestimmt ...

Neues aus aller Welt. Freispruch von Nationalsozialisten. Weil sie an dem Begräbnis des in Saarbrücken tödlich abgestürzten Fliegers ...

Anton Wildgans' T. Der Dichter Anton Wildgans, früherer Direktor des Wiener Burgtheaters, wurde in seiner Villa in Wieding bei Wien tot aufgefunden. ...

Zweimalstündlicher bei Danzig gestrandet. Der deutsche 180 Tonnen große Zweimalstündlicher „Helmut“ aus Hamburg, der sich auf der Fahrt von Danzig nach ...

Opfer der Berge. Aus den Bergen werden mehrere schwere Unfälle gemeldet. So stürzte auf dem Untersberg ...

Revolveranschlag auf einen englischen Kreisritenmann in Indien. Ein Revolver wurde auf den englischen Kreisritenmann Douglas ein Revolveranschlag verübt. ...

### Bersärfte Devisenbestimmungen

Stärkere Kontrolle der Geldbewegungen nach das Ausland. Wie von zünftiger Stelle mitgeteilt wird, macht die Devisenlage ...

Die Devisenbewirtschaftungsstellen werden für nicht geschäftliche Reisen künftig den Nachweis der Dringlichkeit der Reise verlangen. ...

Von einigen ausländischen Kurverwaltungen usw. sind in letzter Zeit Prospektive verfaßt worden, in denen ...

Es wird noch erwartet, auf solche Empfehlungen einzugehen, da dieses Verfahren eine Umgehung der deutschen Devisenvorschriften darstellt.

Bei Reisen zur Teilnahme an wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Tagungen werden die Devisenbewirtschaftungsstellen prüfen, ob ein besonderes Interesse an der Reise ...

### Neuer Flugzeugtyp

Modell mit verstellbaren Tragflächen.

Prof. Dr. Schmeider von der Technischen Hochschule Breslau zeigte einem Kreis von Fachmännern ...

Ausländische Erfindungen dieser Art stellen auf eine Verlängerung der Spannweite hin, während Professor Dr. Schmeider an seinem Flugzeug eine Veränderung der Tragflächenlänge ermöglicht hat, womit gleichzeitig eine gewisse ...

Einige Vorführungsflüge über dem Tempelhofer Feld im Sommer Start und Landung veranschaulichten die Wirkung dieser Erfindung.

### Hausbesitzer-Cheppaar ermordet

Berlin, 4. Mai.

In der Erasmusstraße in Charlottenburg wurde das Hausbesitzer-Cheppaar Baas in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. ...

Einige Mietern, die vergeblich versucht hatte, die Miete zu bezahlen, benachrichtigte, als ihr auch am folgenden Tag ...

### Großfeuer in Düsseldorf

Bisher ein Toter und mehrere Verletzte.

In dem der Firma Tielz gehörenden Wohnhaus Ecke Hindenburgwall und Eberfelder Straße, das die eine Ecke des Tielz'schen Warenhandels abschließt, brach im Keller Feuer aus, das sich in kürzester Zeit in einem Großfeuer entwickelte. ...

Wegen der überaus starken Rauchentwicklung konnte die Feuerwehr nur schlecht in die oberen Räume gelangen. ...

### Ueberschwemmungen in England

London, 4. Mai.

Anhaltende Regengüsse führten zu größeren Ueberschwemmungen in verschiedenen Teilen Englands. Die Flüsse erreichten einen außerordentlich hohen Stand ...

Bei Frome erkrankten vier Knaben in den Fluten des zu einem reißenden Strome gewordenen Fließchens From. Am schlammigen wurde die Stadt Chippenham in der Grafschaft Wiltshire eingeebnet. ...

In einigen Geschäftshäusern fand das Wasser anwährend zwei Meter hoch. Viele um Bekleidungsgegenstände wurden mit Tauen aus gefährlichen Lagen befreit. ...

### Zuchthausmeuterei in Bangkok

London, 4. Mai.

Bei einer Zuchthausmeuterei im Bangwan-Zuchthaus in Bangkok griffen rund 500 Zuchthausinsassen gleichzeitig ihre Wärter an und vertriehen die Tore des Zuchthauses mit Steinen zu zerstören. ...

Der Kampf dauerte drei Stunden. Als Waffen benutzten die Sträflinge Äxte und Schaufeln. Die Wärter machten von der Schutzwehr Gebrauch. ...

### Börse und Handel

Berlin, den 4. Mai 1932.

#### Ueberwiegend befristet

Die Berliner Effektenbörse war nach der Signation von Vortage, die das kleinste Geschäft nach der Wiedereröffnung mit sich brachte, etwas lebhafter. ...

Produktenmarkt. Die vorstehende Verkaufspolitik der Landwirtschaft gab dem Berliner Weizenmarkt auch am Dienstag wieder das Gepräge. ...

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Delikatess von 1000 Stilo, 273-275 (am 2. 3. 271-273). Roggen Markt. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...

Wagerechthof Berlin-Friedrichshof. (Amtlich.) 3. April 1932. Auftrieb: 288 Schweine und 431 Ferkel. ...





Ein General als Alterspräsident des Preussischen Landtags. Die erste Sitzung des Preussischen Landtags am 24. Mai wird vom Alterspräsidenten General der Infanterie Carl Sigmann (M.D.M.F.) eröffnet und bis zur Wahl des Präsidiums geleitet werden.

### Himmelfahrt, der Tag der Herrenpartien!

Es gibt Bräuche und Einrichtungen, die so etwas wie eine Tradition haben, die sozusagen eine feststehende Tatsache sind und auf die man sich verlassen kann. Dazu gehört auch die Herrenpartie des Himmelfahrtstages. Warum sich die Männer gerade dem Himmelfahrtstage verschrieben haben, warum sie gerade an diesem Feiertag unter sich und isoliert vom übrigen Geschlecht sein wollen, dafür hat man keine ausreichende Erklärung. Das ist eben immer so gewesen, und so die Herren es wollen, soll es fernerhin so bleiben.

Wiederum ist Himmelfahrtstag, wiederum brechen die Vertreter des männlichen Geschlechts zur Herrenpartie auf. Aber diese Pflicht der Männer in die Natur weist gemeint nicht ungeführt. Nicht, daß die Frauen hier etwa leichte Pläne durchkreuzten, nicht, daß sie mit Eiferlustigen das Ganze zum Scheitern brächten, aber auch Petrus hat nun mal so seine Passion. Er hat mit dem Himmelfahrtstage einen Pakt geschlossen, und läßt an diesem meistentheils einen abklingenden, aber langanhaltenden Regenschauer niedergehen. Eines gehört zum anderen. Herrenpartie zum Himmelfahrtstage und Regen zur Herrenpartie!

Die Männer behaupten übrigens, daß dieser Regen einzig und allein die Schuld daran trage, wenn diese Touren andere Formen annehmen, als sie ursprünglich gedacht waren. Die Frauen müssen schon, was gemeint ist. Was kann sich ein armer Ehemann denn schließlich helfen, daß ihn ein Regenschauer überfällt, wenn er, der Geplagte und Erholungsbedürftige im Walde Ausruben sucht. Was kann er dafür, wenn er unter einem Dache Zuflucht nehmen muß, unter dem sich gleichzeitig ein Ausgänger für alkoholische Getränke befindet. Wie dem aber auch sei, es ist eine hinsichtlich bekannte Tatsache, daß längeres Wandern die Seele austrocknet und zum Trinken verleitet. Dies zur Einleitung.

An der frühe des Himmelfahrtstages streben merkwürdige Männerkarawanen dem Bahnhof zu, in der frühe des gleichen Tages rollen die Käder der Kremierwagen über die halperigen Straßensteine, um die Ausflügler ihrem Ziele näherzubringen. Fröhlicher Gesang und schallendes Gelächter bringen aus den Reihen all der Männer, die an diesem Tage auf ihre goldene Freiheit besonders stolz zu sein scheinen. Die sonst unbefreitbare Schlüsselgewalt der Frau scheint an diesem Tage besiegt. Regellust, Stat- und Sparverneinung, Berufsverbände, alles ist an diesem Himmelfahrtstage auf den Beinen, teils mehr, teils weniger geräuschvoll. Manche haben sich ein eigenes Orchester aufgestellt, andere wieder begnügen sich mit den Klängen einer Zieh- oder Mundharmonika. Viele Männer verleben dieser auf Stunden genommene Freiheit dadurch Ausdruck, daß sie sich phantastisch ausputzen, oder mit humoristischen Transparenten durch die Straßen ziehen, so daß die Note eines sommerlichen Karnevals zustande kommt.

Frage mich nach dem Verkauf dieser Herrenpartie! Auch dieser hat seine Tradition, er verläuft nach jenem Zeremoniell, das sich bei den Männern seit Jahrzehnten bewährt zu haben scheint. Ein Stütchen wandern, ein Schlüpfchen trinken, dann trinken und wieder wandern, und schließlich wenn man vom vielen Wandern ermüdet ist, dann bleibt es halt beim Trinken! Die trockengelegten Amerikaner mögen gerade am Himmelfahrtstage neidisch und wehmütig so zu ihren deutschen Geschichtsgenossen herüberhauen, die einmal ungefroren so viel trinken können, als sie wollen und vertrauen. Am Abend des Himmelfahrtstages, da sind die Millionen weit entfernt, da hat sich die Welt entzaubert und was wiederkehrt, das ist nicht nur graue Bierschicht, sondern manchmal auch Regenjammer. Aber auch dieser Regenjammer ist bei diesen Herrenpartiezeiten das traditionelle Fazit des Himmelfahrtstages. Man wird moralisch, bereit und resigniert, es beginnen die Selbstmordwörter: „Hätte ich bloß nicht —“ oder „wäre ich man lieber zu Hause geblieben!“ Aber das ist alles ebenfalls schon seit Jahren so gewesen. Und trotzdem bleibt der Himmelfahrtstag der Tag der Herrenpartien!

### Unverbrennbares Papier!

In einem Vorort von Berlin soll es einer Papierfabrik gegliedert sein, ein Papier zu schaffen, das völlig unverbrennbar ist. Bereits bei dem Fabrikationsvorgang soll der dreizehnte Papiermasse ein bisher noch nicht benannter Stoff beigegeben, der es fernerhin unempfindlich machen soll, das Papier in Flammen aufgehen zu lassen. Bedeutungslos dabei ist, daß weder die Haltbarkeit noch die Färbung des Papierstoffs durch diese Beimischung irgendwie beeinträchtigt wird. Den Behörden ist die Vorrichtung des unverbrennbaren Papiers angemeldet, und man wird allerdings bis zu diesem Zeitpunkt abwarten müssen, ob die Erfindung in der Tat das hält, was sie verspricht.

Etwas Zurückhaltung dürfte vorerst noch am Plage sein, denn erste Papierfachleute und Chemiker, die sich diesem Problem seit vielen Jahrzehnten zugewendet haben, betreiten, daß die Erfindung tatsächlich einwandfrei ist.

Den der herstellend-a Plana wird aber trotzdem weiterhin versichert, daß es eine Leichtart wäre, sämtliche Papierarten auf diesem Wege herzustellen und jegliche Form der Papierverarbeitung wäre der Erfindung keinen Abbruch. Es soll auch gleichgültig sein, ob das Papier bedruckt, mit Tinte oder Bleistift beschriftet, ob mit Draht radieren oder nicht.

Man hat ja in den letzten Jahren öfters auf ähnlichen Gebieten zugegriffen. Man hat eine Feuerlöschart erfunden, mit der man die Hölzer des Dachgebälges bestreicht, man kann die Strohdächer der Scheunen mit Flüssigkeit tränken, um sie vor Feuer zu schützen, wenn nun auch der Schlüssel gefunden sein sollte, so daß eine Feuerlöschart dem Papier beigegeben, so hätten wir in der Tat nicht mehr allzuviel zu befürchten. Brände würden nicht mehr die Ausdehnung von einst annehmen, unsere Ätzen und Urkunden würden nicht mehr ein Raub der Flammen werden, unglücklich aufbewahrte Geldscheine (wer noch welche hat!) könnten nicht im eisernen Ofen nicht mehr verbrennen. Und trotz alledem darf man die Hoffnungen nicht zu hoch veranlagern: Es gibt kaum ein Stoff, der sich nicht bei einer bestimmten Siedetemperatur in seine Urbestandteile auflöst, oder der seine Starrheit nicht auf-

gibt. Selbst Gold und Silber zerfließen unter der Hitze des Feuers. Wie kann angeht dieser Tatsache das Papier einer größeren Hitzeempfindlichkeit standhalten. Es verbleibt allmählich, wenn es den Strahlen der Sommerhitze ausgesetzt ist, und wenn es auch seine offenen Fächer nicht, so wird das Papier doch dünn und überhandlades, es zerbröckelt in unseren Händen wie Laubbastblätter, wird anfänglich und löst sich.

Man möchte es vorerst nicht darauf ankommen lassen ein Paket Urkunden in den Ofen zu werfen: Selbst der Feuerlöschart könnte nicht verhindern, daß sie allmählich in ein Nichts verwandelt werden und wie Sander auseinanderliegen. Wenn die Firma nur erlauben hat, daß das verbrennende Papier keine offenen Fächer mehr erzeugt, sondern der Verbrennungsvorgang nur ein langsamer ist, der das Material verjagt, hätten wir schon recht viel gewonnen. Ein im Papierlager aufgesammeltes Feuer würde nicht mehr jene schnelle Ausbreitung erfahren, es würden nur Papierbrände ohne Hölzerfeuer mehr werden, die schon so oft ein ganzes Gebäude eingeschloßen haben. Warten wir ab, wie sich die Behörden zu dieser neuen Erfindung stellen werden!

### Hebung der Pflichtfeuerwehr.

Am Sonntag, dem 8. Mai d. Js., findet eine Hebung der Pflichtfeuerwehr statt.

#### Sammelplatz: Markt.

Die Mannschaften werden ersucht, zu der Hebung pünktlich zu erscheinen. Als Entschuldigungsgrund gilt nur Krankheit oder begründete Abwesenheit vom Orte. Die Entschuldigungen sind schriftlich bei der Polizeibehörde bis spätestens Sonnabend, den 7. Mai d. Js. mittags 12 Uhr anzubringen.

Unentschuldigtes Fernbleiben von der Hebung wird bestraft. Nebra, den 3. Mai 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.  
Grimberg.

### Kriegerverein Nebra

Am Himmelfahrtstage, d. 5. Mai, von nachm. 2 1/2 Uhr an wird im Schützenhaus ein

### Gesellschaftsschießen

mit Kleinkaliber abgehalten, wozu Freunde und Gönner herzlich eingeladen werden. Der Vorstand.

### Schweizerhaus Vikenburg

Himmelfahrt von 8 Uhr abends an

### Ballmusik

Es laden freundlich ein Die Pfingstgesellschaft Wirtshaus

### Stadt-Sichtspiele „Preuß. Hof“

Himmelfahrt, abends 8 Uhr

rollt der erste Großfilm der neuen Wa-Produktion:

Renate Müller in

### „Der kleine Seitensprung“

Eine musikalische Filmkomödie.

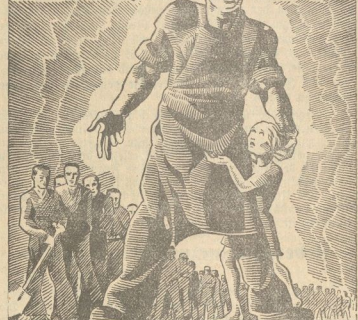
Ferner:

Ein Varieté-Film

Angeboten:

Wochenschau und Kulturfilm

Jede überflüssige Einkauf von 6000 R.-M. Industriewaren oder von 2250 R.-M. Nahrungsmitteln macht eine deutsche Familie ein Jahr arbeitslos.



### Kauft deutsche Ware und Ihr schafft Arbeit und Brot

### Wo kauft man preiswerte Geschäftsbücher?

FACHGESCHÄFT



Selbstverständlich erfordert der Verkauf preiswerter Geschäftsbücher genau wie der besserer Ausführungen gute Fachkenntnisse des Verkäufers. Aus diesem Grunde liefert z. B. die bekannte Geschäftsbücherfabrik J. C. König & Ehardt, Hannover, ihre neuen KE-Bücher nur an gute Geschäftsbücher-Papier, Schreibwaren- und Bürobedarfshandels. Sie erhalten die Bücher, die übrigens durch blauen Schnitt und blaue KE-Garantemarke kenntlich sind, bestimmt bei

WILHELM SAUER ROSSLIEBEN

### Laden in guter Geschäftslage

sofort oder später zu mieten gesucht

Angebote mit Preis unter 2.000

in der Geschäftsstelle in Rossleben

### Druckfachen aller Art

fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut

Buchdruckerei Wihl. Sauer, Rossleben.

### Musik:

Geige, Klarinette und Klavierspieler Himmelfahrt und Pfingsten noch frei. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

### F. Poppe

Rechtelbständig Webste — Zugelassen bei den Amtsherren Nebra und Wiehe. — Beste Preise und beste alle gerüsteten Angelegenheiten. Gatte mit Weib und Kindern. Sprechtag.

### Eintritts- und Garderobeblocks

in allen Farben Wilhelm Sauer, Rossleben



# Nebröer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.-RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Kösteben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kösteben.  
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weich, Markt 24/26.  
Fernsprecher: Amt Kösteben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 33 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 50 mm breite Millimeterzeile im Restmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebrö — Bankverein Arnern.

Nr 54

Donnerstag, den 5. Mai 1932.

45. Jahrgang

## Umbildung der Reichsregierung?

Aktuellste Nachrichten des Reichswirtschaftsministeriums.

Berlin, 4. Mai.

Gelegentlich der Sitzungen des Reichskabinetts und der Reichshausverwaltung und die Kaiserliche Reichsversammlung ist es in politischen Kreisen aufgefallen, daß Reichswirtschaftsminister Warmbold daran nicht teilgenommen hat. Diese Tatsache wird mit sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Warmbold und dem Reichsarbeitsminister Dr. Siegelmann besprochen. In Verbindung mit Dr. Siegelmann wird in erster Linie auf die Pläne Siegelmanns über das Arbeitsbeschaffungsprogramm, die sogenannte Prämianteilnahme, die Regelung der Arbeitszeitsfrage und weitere sozialpolitische Maßnahmen abgesehen.

Es wird mit der Möglichkeit einer Umbildung des Reichskabinetts geredet, da Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold den Plänen Siegelmanns als einziger einflussreiche Widerstand geleistet haben soll. Sollte Siegelmann sich mit seinem Programm durchsetzen, so würde das die Rücktrittsabsichten Dr. Warmbolds entscheiden können. Ein Rücktrittsgesuch soll übrigens bereits vorliegen.

Durch das Abbröckeln dieses ersten Steines aus dem Kabinettsgefüge würde dann die Frage der Umbildung oder Ergänzung der Regierung in den Vordergrund rücken, da ja noch auf mehrere andere Stellen nur provisorisch besetzt sind, interimistisch veranlagt werden. Dieser Zustand drängt naturgemäß zu einer Veränderung, hinter der überdies als neuer Hintergrund die Kräfteverhältnisse Preußens mit ihrer Rückwirkung auf die Reichspolitik stehen.

Am Laufe des Tages hat der Reichsanwalt des Reichspräsidenten über die Innenpolitik: Eine Vorlesung gehalten, wobei völlige Übereinstimmung zwischen Reichspräsident und Kanzler erzielt werden sei. Alle geschehenen Gerichtsverfahren als unrichtig und den Tatsachen nicht entsprechend und in jeder Hinsicht zu beenden.

## Hindenburgwahl ist gültig

Berlin, 4. Mai.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat am 16. April 1932 vollzogene Wahl des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten für gültig erklärt.

In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: Das Wahlprüfungsgericht ist bei Beurteilung der zahlreichen Einspruchsverfahren der Auffassung der Reichswahlprüfungsbehörde, wonach diese zum weitestgehenden Teil unbegründet sind. Am Symbol der großen Wertschätzung, den bei der letzten Wahl der Generalfeldmarschall von Hindenburg vor dem nächsten Wahlbenachteiligt worden ist, nämlich, dem Vorwurf von nahezu sechs Millionen Stimmen, muß auch dann, wenn die beanstandeten Vorgangsmittel in ihrem vollen Umfang bewiesen würden, nach der Überzeugung des Wahlprüfungsgerichts festgestellt werden, daß dadurch das Wahlergebnis nicht in Frage gestellt werden kann.

## NSDAP. ist regierungsbereit

München, 4. Mai.

Am „Mittäglichen Beobachter“ schreibt Dr. Frick, die NSDAP. ist bereit, die Regierung zu bilden, wenn sie in der Lage ist, die Reichsregierung zu bilden. Es ist unzulässig, daß das Zentrum in Preußen mit den Nationalsozialisten eine Koalition bilde, im Reiche aber von den Sozialdemokraten abhängig ist. Eine erfolgreiche Arbeit im Reich und in Preußen könne nur von gleichgerichteten Regierungen geleistet werden. Um diese zu erreichen, müßte der Reichstag aufgelöst werden. Für die NSDAP. liegt kein Grund vor, gerade jetzt in die Regierung einzutreten, wenn sie es jedoch tut, dann nur geknüpft auf eine Wiederherstellung, die der Größe und Schwere der Aufgabe entspricht.

## Anschlag auf Danzig?

Handreich für den 1. Mai geplant.

London, 3. Mai.

Die englische Presse bringt in mehr oder weniger sensationeller Aufmachung Meldungen über einen von polnischer Seite für den 1. Mai geplanten Handreich gegen Danzig.

Nach Mitteilungen des „Daily Express“ von angeblich höchster Stelle in Danzig soll der Oberkommissar Graf Gröning von der Seite des Reichsbundes, Sir Eric Drummond, auf die Gefahr aufmerksam gemacht haben, die dem Frieden Europas durch einen polnischen Einmarsch in Danzig drohe. Der Zweck dieser Mitteilung ist gewesen, den Völkerverbund und die Großmächte vor Überreaktionen zu warnen.

„Der Berichterstatter des „Daily Express“ erzählt weiter, daß die Polen bereits ihren Anschlag durchgeführt hätten, wenn nicht am Sonntag ein französischer Dampfer in Danzig geankert hätte. Graf Gröning legte in dem Bericht, den die Polen hätten ihren Kopf verloren. Wenn die polnische Flotte nach Danzig komme, werde die deutsche Flotte nach 24 Stunden da sein.

„Daily Express“ weist weiter darauf hin, daß der wirtschaftliche Druck, den die Polen insbesondere durch die Leber-

tragung des ganzen Umlaufverkehrs nach Gdingen auf Danzig ausüben, ungeheuer ist. Der englische Konsul in Danzig habe seiner Regierung über diese Angelegenheit ausführlich berichtet. Danzig sei nach Einrichtung der neuen Garnisonen in Fischen und Graudenz vollkommen von polnischen Truppen umgeben.

## Die Berliner Auffassung

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß die deutsche Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen würde, falls polnische Truppen verlegt werden sollte, gegen Danzig in der beschriebenen Weise vorzugehen. Die Vorgänge werden in Berlin mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt.

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß die Danzig-politischen Abmachungen über das Anlegerecht polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen abgelehnt sind. Im Zukunft gelten für die polnischen Kriegsschiffe, die von Danzig gehen anlaufen wollen, die internationalen Bestimmungen für das Anlaufen fremder Häfen. Bisher konnten nämlich polnische Kriegsschiffe ohne vorherige Anmeldung im Danziger Hafen vor Anker gehen. Das Abkommen über dieses polnische Sonderrecht war bereits im vorigen Jahr abgeschlossen und ist feierlich zum 1. Mai dieses Jahres verlängert worden.

## Eine antiische Danziger Verlautbarung

Von antiischer Danziger Seite wird mitgeteilt: „Die Meldungen englischer Zeitungen knüpfen offenbar an die Nachrichten polnischer Blätter an, die seit Wochen und Monaten ohne jede Hemmung Danzig angreifen, die Belästigung von Spähtzügen der freien Stadt Danzig verlangen, offen zur Gewaltanwendung gegen Danzig auffordern und in unerhörter und völlig unberechtigter Weise den hohen Kommissar des Völkerverbundes schmähen.“

Die englischen Pressemeldungen sind nämlich weiter die Folge des Bestehens der gefälschten antiischen Seiten gegenüber der Danziger Weisheit, die in ihrer Konsequenz zum völligen Erliegen der Danziger Weisheit führen müßte, und die wiederholt zu Anträgen auf Entschädigung beim hohen Kommissar des Völkerverbundes geführt haben.

Warschau, 4. Mai.

Das maßgebendste Regierungsblatt „Gazeta Polska“ bezeichnet die Meldung über den angeblich beabsichtigten polnischen Einfall in Danzig als eine neue Herausforderung an Polen.

Bezüglich der Ueberberührung lenkt das Blatt den Verdacht einfach auf die Nationalsozialisten in Danzig, die behaupten, wie es heißt, die Taktik des Liebes verfahren, der auf der Flucht zu ruhen pflege: „Gott sei Dank.“ Dem Großen Gröning spricht das Blatt „sein Beldid“ aus.

## Gröninga Dementi

Der polnische Vertreter in Danzig, Papet, hat im Auftrag der polnischen Regierung an den Völkerverbundskommissar, Graf Gröning, ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn um Darlegung seines Standpunktes bezüglich des von „Daily Express“ veröffentlichten Telegramms bat. In Erwiderung dieses Schreibens hat Graf Gröning am letzten Tage an Papet ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „In Beantwortung Ihres Schreibens vom 2. Mai habe ich die Ehre, hiermit eine Abschrift des Telegramms zu überreichen, das ich heute dem Generaldirektor in Genf übermitteln habe.“ Der Völkerverbundskommissar stellt weiter mit, daß er den Berichterstatter des „Daily Express“ zu sich bestellt habe, der ihm bereits erklärt habe, seinem Blatt die Aufklärung zu übermitteln, die er, Gröning, ebenfalls nach Genf geschickt habe.

Gröning habe dem Korrespondenten „eine ganze Empörung wegen der sensationellen Berichterstattung“ zum Ausdruck gebracht, worauf dieser auf Uebersehungsfehler hingewiesen und bezeugt habe, daß er weder von dem Völkerverbundskommissar noch von dessen Büro Informationen über die Tätigkeit des hohen Kommissars erhalten habe.

Man kann nicht behaupten, daß diese Erklärung Gröning die Angelegenheit besonders klären würde, denn auch größte Ueberzeugungsfähigkeit könnte das nicht ein ganzes Dokument aus der Welt, das nach Genf bestimmt abgegangen ist. Tatsache ist, daß Anträge genommen wurden, und daß der Völkerverbundskommissar für Danzig die Durchführung dieser Anträge verbindet hat. Sie veranlaßt jetzt die polnische Presse zu schweren Angriffen gegen ihn, und der Völkerverbund wird Sorge dafür tragen müssen, daß über die vertraglichen Rechte der polnischen Behörden in ihre Schranken zurückverwiesen werden. Wirkliche Beruhigung wird allerdings im Osten nur entstehen können, wenn die Ursache der ständigen Spannungen und der Nervosität beseitigt ist. Diese Ursache liegt in den ungleichen Abmachungsverhältnissen, die für die härter gestellten östlichen Nachbarn der Weisheit gegenüber einen Anreiz darstellen, sich über die vertraglichen Rechte der polnischen Weisheit und über die Rechte der deutschen Minderheiten hinwegzusetzen.

## Zusammenstöße im Flottenauschuß

Genf, 4. Mai.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es im Flottenauschuß, als der amerikanische Senator Woodcock erklärte, daß eine neue Flotte von Flottenstädten nur mit Zu-

stimmung der Signalmächte des Londoner Abkommens und auf der Grundlage dieses Abkommens erfolgen dürfe. Das Londoner Abkommen bestimme auch die Tonnage für die Flottenausbauten der am Londoner Abkommen beteiligten Staaten. Zum Schutz gegen die Angriffe der Unterseeboote müsse die Flotte über Bombenflugzeuge und damit über Flottenausbauten verfügen. Die Londoner Abkommen würden nach dem Abkommen im Jahre 1936 aufs neue zu einer Verteilung der Flottenstädten zusammenkommen.

Der Vertreter Frankreichs lehnte den amerikanischen Standpunkt scharf ab und betonte, daß die Abrüstungskonferenz freie Hand habe, zu einer neuen internationalen Regelung der Flottenstädten zu gelangen.

Staatssekretär von Rheinbach verteilte mit großem Nachdruck den von der deutschen Abordnung jetzt in allen Ausschusssitzungen immer wieder betonten Standpunkt, daß der Verfall der Vertrag die alleinige Grundlage der Verhandlungen über den Begriff der Angriffswaffen bilden müsse.

Der Vertreter Frankreichs habe ausdrücklich diejenigen Waffenkategorien verboten, die einen besonderen Angriffskarakter tragen, darunter auch Flottenausbauten. Aus diesem Grunde verlange die deutsche Abordnung die Abschaffung der Flottenausbauten.

Falls die Abrüstungskonferenz zu einem allgemeinen Verbot der Militärflotte gelangen würde, würde sich damit auch die Abschaffung der Flottenausbauten verbunden ergeben. Im übrigen habe die deutsche Abordnung die Abschaffung der Unterseeboote gefordert, so daß keinerlei Veranlassung vorliege, Marineflugzeuge als Verteidigungsmittel gegen Unterseeboote aufrechtzuerhalten.

Die Vertreter Italiens und der Sowjetunion erklärten, daß Flottenausbauten ohne den geringsten Zweifel als Angriffswaffen anzusehen seien und daher verboten werden müßten.

## Das Schicksal der Luftwaffe

In einem vom Luftfahrtministerium eingehenden Untersuchung, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte, wurde folgender deutsche Antrag eingebracht: Der Untersuchung ist der Inhalt:

1. Alle militärischen Luftfahrzeuge können nach ihrer Verwendung a) einem besonderen öffentlichen Charakter haben, b) die größte Wichtigkeit gegen die nationale Verteidigung enthalten, c) in schwerer Weise die Zivilbevölkerung bedrohen. In besonderer Weise gilt dies gegenüber demjenigen Länder, welche keine militärischen Luftfahrzeuge besitzen, d) die Luftschiffahrt zu betreiben.

2. Unter Berücksichtigung von Ziffer 1) hält der Untersuchung die Klassifikation des Materials der Militärflotte für geboten: a) Kampfflugzeuge, b) die für den Zweck als Luftfahrzeuge bestimmt sind, c) Bombenflugzeuge, d) Aufklärungsflugzeuge.

Ministerialdirektor Brandenburg wies darauf hin, daß die deutschen Vorschläge das Verbot aller derartigen Kampfmittel vorsehen, die Bomben, Torpedos usw. aus der Luft abwerfen können. Um solchen Gegenständen im Völkerverbund ein Verbot zu erteilen, müßte man sich auf einen gemeinsamen Charakter einigen.

deutscher Charakter ermöglichen den militärischen Charakter als eine Maßnahme, um damit — französischen Re — diese in das ziehen.

deutscher Seite mit iltliche Abordnung mung dazu geben, einen einseitigen türlich nicht aus- ngriffswaffen abge- sich nur mit tigen.

gang sammervergnen, Paris, 3. Mai. gung des Wahl- und Ulfater seien ie aus 603 Wahl- n davon 244 W- dwahl kommen. n: 2

Republikantische deutsche Vereinigung (Gruppe Marin)	44
Nationaldemokraten (Gruppe Paul Reynaud)	22
Unabhängige Republikaner (bischof portellos)	14
Unabhängige Sozialisten (Ludwig)	10
Radikale und unabhängige Linke (Germain Martin)	24
Radikalsocialisten (Fierco)	63
Unabhängige Sozialisten	4
Sozialrepublikaner (Gruppe Chabran)	4
Sozialisten (Eben Dinn)	40
Unabhängige Kommunisten	2
Kommunisten	1

Deutscher-Verbringen und die Kammerwahlen.

Im Früheren Bezirk Votbringen des Reichslandes, dem jetzigen Motel-Departement, ist trotz der großen Ver-